

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie
Telefon (0202)
Fax (0202)
E-Mail

Norbert Korte
563 25 41
Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de

Datum

25.07.12

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, dem 14.11.00

Anwesend unter dem Vorsitz von Herrn Stv. Kühme waren

die stimmberechtigten Mitglieder

von der CDU

Herr Stv. Ellinghaus
Herr Stv. Geisendorfer
Herr Gerlach

von der SPD

Frau Stv. Güster
Frau Winkels-Haupt
Herr Stv. Mucke (ab 16.14 Uhr)
Herr Stv. Ramette

von der F.D.P.

Frau Panetta-Jung

vom Caritasverband

Herr Arens

vom Diakonischen Werk Elberfeld

Herr Pfr. Blind

von der Arbeiterwohlfahrt

Frau Dudda-Dillbohner

vom Jugendring

Frau Füssel
Herr Schmalenbeck (ab 16.25 Uhr)
Herr Schwarz

Sitzungsbeginn: 16.06 Uhr

Telefon-Zentrale: (0202) 563 - 0
E-Mail: stadtverwaltung@wuppertal.de
Internet: www.wuppertal.de

die beratenden Mitglieder

Frau Bill (Frakt. Bündnis 90/ Die Grünen)
Frau Fouxmann (Jüd. Kultusgemeinde)
Frau Reichert (Schulen)
Frau Richling (sachkundige Bürgerin)
Frau Sauter-Glücklich (Amtsgericht)
Frau Wendt (sachkundige Bürgerin)
Herr Bahr (DPWV)
Herr Keip (Kath. Kirche)
Herr Kumpf (Evang. Kirche)
Herr Peksert (Ausländerbeirat)
Herr Beig. Dr. Kühn (Geschäftsbereichsleiter)
Herr Lenz (Res. Jugendamt u. Soziale Dienste)

Vertreter/innen der Bezirksjugendräte

Jesssika Naumann

von der Verwaltung

Frau Krentz (R. 201.0)
Frau Schmidt (R. 201 - Jugendhilfepl.)
Frau Dahlheim (R. 201 - Psychosoz. Pl.)
Frau Weidenbruch (SB 202)
Herr Mast-Weisz (SB 208)
Herr Krieg (SB 208)

Presse

Sitzungsort: Verwaltungshaus Elberfeld, Neu-
markt 10, Sitzungssaal (Raum 302)

Sitzungsende: 16.55 Uhr

Bankverbindung
Stadtparkasse Wuppertal
100 719 (BLZ 330 500 00)

Sie erreichen uns mit der Schwebbahn, Station Alter Markt
und mit den Buslinien 608, 610, 624, 632 und 332
Haltestellen Heubruch und Concordienstraße

Schriftführer: Herr Korte

Besucher: 22

I. Öffentlicher Teil

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Frau Güster stimmt für ihre Fraktion dem Vorschlag von **Herrn Gerlach** zu, den als Tagesordnungspunkt 3 vorgesehenen Antrag der SPD-Fraktion

zum viergruppigen Betrieb der Tageseinrichtung für Kinder Carl-Schurz-Str. Drs.-Nr. 6080/00
und Einrichtung zusätzlicher Gruppen in bestehenden Einrichtungen

im Hinblick auf die für den 1. Dez. geplante Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zur Vorbereitung an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu überweisen.

Es besteht Einvernehmen, die erst vor der Sitzung ausgelegten gleichlautenden Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur künftigen Förderung des Jugend- und Begegnungszentrums Feuerwache Gathe unter Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln.

Soweit den Bezirksjugendrätin **Jessika Naumann** das Wort erteilt wird, gilt die Sitzung als unterbrochen.

1.

Anliegen der Bezirksjugendräte

Der **Vorsitzende** dankt Jessika Naumann als Vertreterin der Bezirksjugendräte in Verbindung mit dem Stadtbetrieb Jugend & Freizeit ganz herzlich für die in der jetzt abgelaufenen Wahlperiode der Bezirksjugendräte geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit. Die gegebenen Anregungen wolle man aufgreifen, um die nächste Wahlperiode noch besser zu gestalten.

Leider sei die Beteiligung an der Wahl für die neuen Bezirksjugendräte nicht so wie gewünscht ausgefallen. Die Tätigkeit und die Anliegen der Bezirksjugendräte müsse in die Schulen hereingetragen werden. Nur so lasse sich eine größere Resonanz erreichen.

Herr Krieg berichtet, dass sich von den zweimal angeschriebenen 18.382 Wahlberechtigten nur 841 an der Wahl beteiligten. 544 Kandidaten standen zur Wahl. Es sei gelungen, in allen 10 Stadtbezirken Bezirksjugendräte zu wählen, die auch entsprechend betreut werden könnten.

Herr Krieg zeigt sich trotz der geringen Wahlbeteiligung hinsichtlich der weiteren Arbeit der Bezirksjugendräte optimistisch.

Der **Vorsitzende** setzt sich dafür ein, den Bezirksjugendräten bei der vorgesehenen Revision der Gemeindeordnung Mitwirkungsrechte in den Kinder und Jugendliche betreffenden Angelegenheiten einzuräumen.

Frau Güster unterstützt für ihre Fraktion eine Verankerung von Mitwirkungsrechten für die Bezirksjugendräte in der Gemeindeordnung. Die Verwaltung möge gegenüber der Landesregierung entsprechend initiativ werden.

2.

Schwerpunkte des künftigen Vertrages zwischen Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V. und der Stadt Wuppertal zum Internationalen Jugend- und Begegnungszentrum Gathe Drs.-Nr. 6084/00

Nach Auffassung des **Vorsitzenden** ist das gemeinsame Gespräch vor Ort zwischen dem Nachbarschaftsheim und den Fraktionen ausgesprochen positiv verlaufen.

Herr Mast-Weisz weist auf die ergänzte ersten Seite der Vorlage hin, die jetzt auch dem Ausländerbeirat zur Kenntnis gegeben werden soll.

Frau Güster betont, dass die beiden gleichlautenden Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und ihrer Fraktion auf das gemeinsame Gespräch vor Ort zurückgehen. Sie bezieht sich auf Punkt 4 der beiden Anträge. Die Verwaltung könne nicht für Planungssicherheit aufseiten des Nachbarschaftsheimen sorgen. Das sei Sache der Politik.

Sie ist bereit, die Punkte 1 bis 3 des Antrages ihrer Fraktion zurückzuziehen und schlägt vor, den Punkt 4 der Verwaltungsvorlage als neuen Punkt 6 anzufügen.

Herr Gerlach spricht sich dafür aus, über die finanziellen Auswirkungen offen und fair zu beraten. Auch beim 2. Punkt des Beschlussvorschlages der Verwaltungsvorlage dürften die finanziellen Auswirkungen nicht außer Acht gelassen werden.

Frau Bill setzt sich dafür ein, die Verhandlungsergebnisse jetzt nicht wieder in Frage zu stellen. Ziel müsse bleiben, die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit in einem Vertrag neu zu regeln.

Herr Arens spricht sich gegen einen Haushaltsvorbehalt zum jetzigen Zeitpunkt aus. In der letzten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses habe Herr Dr. Kühn auf die schwierige finanzielle Situation der Stadt hingewiesen. Danach komme die Stadt nicht umhin, 2002 alle freiwilligen Leistungen unter „die Lupe“ zu nehmen. Dieser Vorbehalt werde für alle freien Träger und dann auch für das Nachbarschaftsheim gelten müssen.

Herr Dr. Kühn sagt zu, nach der parlamentarischen Sommerpause im kommenden Jahr eine Antwort auf die von Herrn Arenz angesprochenen Fragen zu geben.

Der Vorsitzende lässt über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages der Verwaltung und den Punkt 4 des gleichlautenden Antrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (neuer Punkt 6) einzeln abstimmen. Herr Gerlach verzichtet darauf, zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages eine Aussage der Verwaltung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen zu fordern.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.11.00

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die inhaltlichen Schwerpunkte des künftigen Vertrages zwischen Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V. für das Jugend- und Begegnungszentrum Feuerwache Gathe (im weiteren Träger) und der Stadt Wuppertal, Stadtbetrieb Jugend & Freizeit (im weiteren Stadt), zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Stadt wird bis zum Jahresende 2000 mit dem Träger für die folgenden Jahre einen Vertrag auf der Basis dieser Schwerpunkte erstellen.
3. Weitere konzeptionelle Grundlage der Förderung sind die vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen Förderrichtlinien der Stadt.
4. Das Controlling über die Zielerreichung erfolgt im Rahmen des vom Jugendhilfeausschusses beschlossenen Berichtswesens, dessen aggregierten Inhalte dem Jugendhilfeausschuss regelmäßig vorgelegt werden.
5. Über die Ergebnisse des Controllings wird die Stadt, wie in der Vergangenheit auch, mit dem Träger regelmäßig Zielvereinbarungsgespräche (sog. Wirksamkeitsdialog nach Landesjugendplan) führen. Weitere Grundlage dieser Gespräche sind die Erfahrungen der Stadtteilkonferenzen (Nordstadt, Ostersbaum) sowie die örtliche Jugendhilfeplanung.
6. Der Jugendhilfeausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache keine Aussagen bzgl. der Förderung über das Jahr 2001 hinaus macht. Er macht sich auch in den Folgejahren für eine Förderung stark, die dem Träger Planungssicherheit gibt und die Fortführung der verabredeten Schwerpunkte sichert. Daher erwartet er von dem abzu-

schließenden Vertrag, dass zumindest eine Bestandssicherung bzgl. des Zuschusses auf der Basis des Budgets 2001 für die Folgejahre verbindlich verabredet wird.

Einstimmigkeit (bei allen sechs Punkten)

3. (ursprünglich TOP 4)

Vorstellung des Projektes Kita-Service der PariSozial gGmbH Wuppertal

Der Kita-Service der PariSozial gGmbH unterstützt und berät Wuppertaler Tageseinrichtungen für Kinder, die in der Trägerschaft von Elterninitiativen geführt werden. Die Projektleiterin, **Frau Gusek**, stellt die Arbeit des Kita-Service vor. Den Ausschussmitgliedern liegt hierzu ein Bericht vor, der als Anlage der Niederschrift beigelegt ist.

4. (ursprünglich TOP 5)

Anerkennung der PariSozial gGmbH Wuppertal als Träger der freien Jugendhilfe Drs.-Nr. 6083/00

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.11.00

Die PariSozial gemeinnützige Gesellschaft für Soziale Dienste mbH Wuppertal wird gemäß § 75 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJGH) in Verbindung mit § 25 Ausführungsgesetz KJHG NRW als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Einstimmigkeit

5. (ursprünglich TOP 6)

5.1 Kinder- und Jugendarbeit in Elberfeld: Beteiligungsprojekt mit Mädchen Drs.-Nr. 6063/00

Frau Güster sieht das Beteiligungsprojekt als sehr sinnvoll an. Mit der Skaterhalle habe man den Wunsch nach mehr Freizeiteinrichtungen zum Teil schon erfüllen können. Für ein Schülercafé werde mit Unterstützung des Bezirksjugendrates noch ein Standort gesucht.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.11.00

Der Bericht über das Beteiligungsprojekt des Arbeitskreises Mädchenarbeit wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

5.2 Elternbefragung zum Bedarf an Betreuungsangeboten für schulpflichtige Kinder/ Bestandserhebung an Betreuungsangeboten für schulpflichtige Kinder Drs.-Nr. 5033/00

Frau Güster fasst die Ergebnisse der Befragung zusammen. Es bestehe ein sehr hoher Betreuungsbedarf nicht nur bei Kindern im Grundschulalter. Dies liege an der zunehmenden Zahl alleinerziehender Mütter bzw. Väter und dem Wunsch vieler Frauen, wieder berufstätig zu werden, wenn die Kinder größer sind.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.11.00

Die Dokumentation der Elternbefragung und der Bestandserhebung wird zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse sind in die laufende Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung einzubeziehen.

Einstimmigkeit

6. (ursprünglich TOP 7)

Genehmigung zur Unterschreitung der Regelöffnungszeit der Tageseinrichtung für Kinder Trooststraße 15 **Drs.-Nr. 6078/00**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.11.00

Die Unterschreitung der Regelöffnungszeit der Tageseinrichtung für Kinder Trooststr. wird genehmigt.

Für die Tageseinrichtung für Kinder Trooststr. wird der Betriebskostenzuschuss nicht anteilig verringert.

Einstimmigkeit

7. (ursprünglich TOP 8)

Änderung der Fördersätze für Fahrtzuschüsse **Drs.-Nr. 6079/00**

Herr Schwarz weist darauf hin, dass der Jugendring mit seinem Vorschlag auf den gegenüber 1999 vom Rat der Stadt erhöhten Ansatz reagiert.

Der **Vorsitzende** betont, dass die Erhöhung der Zuschüsse nicht zu einer Ausweitung des dem Jugendrings zur Verfügung gestellten Budgets führen wird.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.11.00

Die Fördersätze gemäß Richtlinien für die Förderung von Jugendfahrten, Jugenderholungsmaßnahmen sowie internationalen Begegnungen werden gemäß Vorschlag des Jugendring Wuppertal e.V. vom 25.10.2000 wie folgt geändert:

1. Zuschuss für Wochenendmaßnahmen pro Teilnehmer 11,00 DM anstatt bisher 9,00 DM
2. Zuschuss für Maßnahmen mit 3 Tagen Dauer pro Teilnehmer 15,-- DM anstatt bisher 13,00 DM

Die Erhöhung der Fördersätze führt nicht zur Ausweitung des dem Jugendrings Wuppertal e.V. zur Verteilung gewährten Gesamtzuschusses aus Haushaltsstelle 4510-763.0000.8 in Höhe von 273.500,-- DM.

Einstimmigkeit

8. (ursprünglich TOP 9)

Berichte und Mitteilungen

8.1 Vorstellung der vom Ressort Jugendamt und Soziale Dienste herausgegebenen Broschüren „... bis du mich findest!“ und „Keine Gewalt gegen Kinder“

Einer der beteiligten Verwaltungsmitarbeiter musste die Sitzung aus persönlichen Gründen vorzeitig verlassen. Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wird deshalb auf die Sitzung im Januar des kommenden Jahres verschoben.

8.2 Umsetzung Kinderfreundlichkeitsprüfung/ Kinderrechte

Herr Mucke begründet seinen Wunsch nach Behandlung des Themas Kinderfreundlichkeitsprüfung/ Kinderrechte mit der unbefriedigenden Entwicklung in dieser Angelegenheit.

Herr Dr. Kühn sieht die Kinderfreundlichkeitsprüfung als ein Schwerpunktthema in einer der nächsten Sitzungen an.

Herr Mast-Weisz berichtet, dass im Zuge der UN-Kinderrechtskonvention rund 2.000 Kinder nach ihren Vorstellungen befragt worden sind. Unter der Beteiligung von Herrn Krieg nehme Ende des Monats auf Unternehmensebene ein neues Team seine Arbeit auf. Der Arbeitsschwerpunkt werde auf der unteren Ebene liegen. Entscheidend sei, wie kooperativ sich künftig die nicht unmittelbar mit Kindern und Jugendlichen befassten Bereiche verhalten würden. Bis Ende Januar werde ein erster Bericht vorliegen.

Der **Vorsitzende** hofft, dass bis dahin auch ein Kinderbeauftragter benannt werden kann.

Herr Mucke zeigt sich über die sich jetzt abzeichnende positive Entwicklung erfreut. Im Januar solle die Verwaltung dann auch über die Bereiche berichten, in denen noch Widerstände überwunden werden müssten. Widerstände gäbe es aber nicht nur in Teilen der Verwaltung, sondern auch in den Fraktionen.

Herr Dr. Kühn dämpft zu hohe Erwartungen. Der Bericht werde erst einmal nur eine theoretische Arbeitsgrundlage darstellen. Mit weitergehenden Aussagen sei frühestens Mitte des kommenden Jahres zu rechnen.

Herr Mast-Weisz bittet alle Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen im Jugendhilfeausschuss, sich auch in anderen Ausschüssen für Kinderrechte zu engagieren

10.

Wünsche und Anregungen

Frau Bill bedauert, dass die Rollschuhsportanlage auf der Hardt weiterhin als Parkplatz genutzt wird. Sie spricht sich dafür aus, diese Anlage wieder uneingeschränkt den Kindern und Jugendlichen zu überlassen.

Jugendrätin **Jessika Naumann** regt angesichts der gerade laufenden Plakataktion „Grüner Pfeil“ an Ampeln an, auch die Grundschulkinder über diese noch nicht allzu lange geltende Neuerung zu informieren.

Herr Schwarz bedauert, dass die gegen Neonazismus, Rassismus und Gewalt vorliegenden Anträge verschiedener im Rat der Stadt vertretener Parteien nur im Sozial- und Gesundheitsausschuss behandelt werden, obwohl sie auch den Jugendhilfe- und den Schulausschuss betreffen.

Herr Dr. Kühn verweist auf eine interfraktionelle Vereinbarung, nach der Doppelberatungen in verschiedenen Ausschüssen vermieden werden sollen. Dem Sozial- und Gesundheitsausschuss sei die Federführung übertragen worden. Kinder und Jugendliche betreffende Entscheidungen würden aber interfraktionell mit Politikern aus dem Kinder- und Jugendbereich abgestimmt.

II. Nichtöffentlicher Teil

Kein Tagesordnungspunkt

Kühme
Vorsitzender

Dr. Kühn
Geschäftsbereichsleiter

Güster
stellvertretende Vorsitzende

Korte
Schriftführer